

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 20/2013

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Dienstag, den 03.12.2013
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

1. Bürgermeister Jürgen Karle (Vorsitzender)
 2. Bürgermeister Edgar Lutz
 3. Bürgermeister Kurt Selbert
- Eugen Bock
Roland Brönnner
Peter Görke
Brigitte Haas
Werner Kaute-Vogt
Thomas Kleinhenz
Christian Kohlhepp
Joachim Lutz
Jürgen Müller
Stefan Schottdorf
Georg Ullrich

entschuldigt:

Astrid Mützel

von der Verwaltung:

anwesend:

Daniel Görke (Schriftführer)
Sarah-Marie Schwender

Referenten:

Manfred Reith (Feuerwehrkommandant Wartmannsroth) zu TOP 1

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen das vorab veröffentlichte Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung werden keine Einwände erhoben, es gilt somit als genehmigt.

Anschließend begrüßt er den ersten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Wartmannsroth Herrn Manfred Reith, der sich bereit erklärt hat dem Gemeinderat zu TOP 1 Rede und Antwort zu stehen. Sodann übergibt der Bürgermeister Herrn Reith das Wort.

1. **Antrag zur Ersatzbeschaffung eines Mannschaftstransportwagens für die Freiwillige Feuerwehr Wartmannsroth; Information durch den ersten Kommandanten Herrn Manfred Reith**

Herr Reith erläutert dem Gemeinderat anhand einer Präsentation den Sachstand:

Das derzeit genutzte, 30 Jahre alte, Fahrzeug sei unerlässlich. Ob zum Mannschaftstransport, zur Vorkundung zur Nachversorgung, oder zur Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft, das Fahrzeug werde vielfältig und oft eingesetzt. Allerdings sei es mittlerweile sehr reparaturanfällig und entspräche im Hinblick auf den Transport der Pressluftflaschen für den Atemschutz nicht mehr den Vorschriften, was schon öfters von der Kreisfeuerwehrführung moniert worden sei.

Anschließend gibt Herr Reith einen Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten einer Ersatzbeschaffung. Dabei wird deutlich, dass sowohl die Umrüstung eines Zivilfahrzeugs als auch die Überholung des aktuellen Fahrzeugs unzumutbar und unwirtschaftlich sind.

Angebracht erscheint eher die Anschaffung eines Neufahrzeugs bzw. eines gebrauchten Fahrzeugs. Die Kosten hierfür bewegen sich zwischen 35.000 – 55.000 Euro. Allerdings, so Herr Reith, würden Neufahrzeuge und Vorführfahrzeuge mit 10.500 Euro gefördert. Auch der Feuerwehrverein würde sich an einer Finanzierung beteiligen. Unter diesen Gesichtspunkten habe man folgenden Finanzierungsplan aufgestellt

Fördermittel	10.500 Euro
Feuerwehrverein Wartmannsroth	5.000 Euro
<u>Restwert Altfahrzeug mindestens</u>	<u>5.000 Euro</u>
	20.500 Euro

Die Restsumme wäre von der Gemeinde zu finanzieren, wobei für das vorhandene Fahrzeug ein deutlich höherer Verkaufserlös zu erwarten sei.

Der Gemeinderat ist von der Notwendigkeit des Fahrzeugs und einer ordnungsgemäßen Ausstattung überzeugt. Eine Ersatzbeschaffung sollte für das kommende Jahr in Betracht gezogen werden. Aus diesem Grund wird Herr Reith gebeten konkrete Angebote einzuholen anhand derer man den tatsächlichen Kostenaufwand abschätzen kann. Grundsätzlich wird für die Beschaffung eines Fahrzeugs plädiert, welches die Fördervoraussetzungen erfüllt.

Beschluss: Die Anschaffung eines MTW für die FF Wartmannsroth wird grundsätzlich unterstützt. Die Art der Neubeschaffung, ob Neufahrzeug oder Vorführwagen wird offen gelassen und nach Angebotslage entschieden. Eine mögliche staatliche Zuwendung soll auf jeden Fall ausgeschöpft werden. Verwaltung und Feuerwehrführung werden ermächtigt, Markterkundung zu betreiben. Die notwendigen Haushaltsmittel werden im Haushalt 2014 bereit gestellt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

2. **Sanierung der Ortsdurchfahrten Schwärzelbach und Wartmannsroth - Aussprache und Beschlussfassung zur Durchführung der Baumaßnahmen**

In einer am 15. November stattgefundenen Besprechung mit Beteiligung der Straßenbauverwaltung, des ALE und der Gemeinde hat sich ergeben, dass die Chancen, im Zuge der Dorferneuerung die Ortsdurchfahrten Schwärzelbach und Wartmannsroth zu sanieren, sehr gut stehen. Sowohl die Straßenbauverwaltung als auch das ALE zeigt sich offen, diese Projekte anzugehen.

Natürlich muss die Gemeinde hier die Schlüsselfunktion übernehmen und auch bereit sein, erhebliche finanzielle Mittel aufzubringen. Allerdings wäre jetzt die Chance, über die Dorferneuerung finanziell unterstützt zu werden.

Im Gemeinderat wird um seine Meinung zu diesem Thema gebeten und darum der Einleitung erster Maßnahmen zuzustimmen. Da die Planung für die Ortsdurchfahrt Wartmannsroth aufgrund der Integration des Rathausplatzes umfangreicher und komplizierter ist; ist als erste Maßnahme die Beauftragung eines Planungsbüros für die Ortsdurchfahrt Schwärzelbach angedacht. Dazu wäre zunächst ein Angebot einzuholen, welches von der Straßenbaubehörde und dem ALE geprüft werden würde. Nach einer positiven Prüfung würde dann das Planungsbüro beauftragt, eine Planung zu erstellen.

Die Gemeinde träte dann als Bauherr und Auftraggeber auf, da nur auf diesem Weg EU-Fördermittel über das ALE bereitgestellt werden können. Die beteiligten Behörden leisten ihre finanziellen Anteile und unterstützen in allen fachlichen Belangen. Zwischen Straßenbaubehörde und Gemeinde wird eine Vereinbarung geschlossen.

Bürgermeister Karle macht jedoch deutlich, dass im Falle einer Sanierung der Ortsdurchfahrt in Schwärzelbach andere Dinge, wie die Gestaltung des Platzes an der Linde, hinten angestellt werden müssten. Diese Ansicht wird vom Gemeinderat geteilt. Die Ortsdurchfahrt sei ungleich wichtiger für die Entwicklung des Ortes als ein Dorfplatz.

Beschluss: Die Chance, im Zuge der Dorferneuerung die Ortsdurchfahrten von Schwärzelbach und Wartmannsroth zu sanieren, soll auf jeden Fall wahrgenommen werden. Bürgermeister und Verwaltung werden ermächtigt, notwendige Schritte einzuleiten und als ersten Schritt ein Angebot zur Planungserstellung für die Ortsdurchfahrt Schwärzelbach vom Ingenieurbüro Alka einzuholen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

3. Beratung über die Erweiterung der maschinellen Bauhofausstattung

Angesichts zunehmender Ausfälle des Gemeindetraktors und der immer weiter steigenden Ansprüche an den Winterdienst und bei den Mulcharbeiten, wird auf Antrag des zweiten Bürgermeisters Edgar Lutz die Anschaffung eines zweiten Traktors in Erwägung gezogen.

Laut Bauhofleiter Peter Görke würde dadurch ein Ausfall der aktuellen Maschine aufgefangen, der Winterdienst könnte schneller durchgeführt und andere Arbeiten effizienter verrichtet werden. Nach seinem Dafürhalten wäre ein kleinere Maschine mit 70-80 PS, mit einfacherer Ausstattung und kleineren Anbauteilen durchaus ausreichend.

Im Gemeinderat werden die Argumente, die für die Anschaffung eines zweiten Traktors sprechen zweifelsfrei anerkannt. Allerdings wird es für sinnvoller gehalten eine gleichwertige Maschine anzuschaffen, weil dadurch die vorhandenen Anbauteile genutzt werden könnten und bei einem etwaigen Ausfall des jetzigen Traktors gleichwertiger Ersatz vorgehalten würde. Außerdem sei der Preisunterschied nicht so hoch, als dass er von den Vorteilen einer gleichwertigen Maschine nicht aufgewogen würde.

Mit Blick auf die derzeitige Finanzmarktlage sei gegebenenfalls auch die Möglichkeit eines Leasings zu prüfen. Bei einer adäquaten Maschine könnte diese dann durchaus auch als Hauptfahrzeug eingesetzt werden und den mittlerweile sechs Jahre alten Traktor entlasten.

Beschluss: Die Anschaffung eines zweiten Traktors wird befürwortet. Verwaltung und Bauhof werden ermächtigt, Markterkundung zu betreiben und erste Angebote einzuholen. Es soll auch die Möglichkeit des Leasings geprüft werden. Notwendige Finanzmittel werden im Haushalt 2014 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

Im Anschluss an die Diskussion wird auch die personelle Situation im Bauhof angesprochen. Mittelfristig sei wohl zusätzlich Personal notwendig, so der Bürgermeister. Er weist in diesem Zusammenhang auf einen neuen Ausbildungszweig für „Tiefbaufacharbeiter im kommunalen Bauhof“ hin. Im Gemeinderat wird hierzu allerdings festgestellt, dass die Schaffung einer Ausbildungsstelle im Bauhof die Gemeinde sowohl finanziell als auch personell überfordere. Die bisherige Vorgehensweise, fertige Facharbeiter aus für die Gemeinde betriebsrelevanten Berufszweigen einzustellen, habe durchaus sich bewährt.

4. Aussprache über die Bedarfsabfrage für eine Gewerbehalle im Gewerbegebiet Limpelbach; Beratung über die weitere Vorgehensweise

Im Gemeinderat war die Überlegung aufgekommen zur Wirtschaftsförderung eine Gewerbehalle im Gewerbegebiet zu errichten und somit die Möglichkeit für Existenzgründer zu schaffen sich ohne großen finanziellen Aufwand im Gemeindegebiet anzusiedeln.

Auf eine Bedarfsabfrage zu einer Gewerbehalle haben insgesamt 18 Betriebe geantwortet. Vier Betriebe haben einen Bedarf bejaht.

Im Gemeinderat wird überwiegend die Auffassung vertreten, dass ein solches Projekt zwar wünschenswert ist, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde jedoch übersteigt. Denkbar wäre allenfalls einen privaten Investor (Bauträger) gegen Beteiligung die Fläche zur Verfügung zu stellen, um somit einen Beitrag zur Ansiedelung von Gewerbebetrieben und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Gemeinde zu leisten.

Unter diesem Aspekt soll der genaue Bedarf von den bisherigen Interessenten abgefragt werden. In einer gemeinsamen Runde sollen darüber hinaus Möglichkeiten erörtert werden, inwieweit die Interessenten das Vorhaben als Gemeinschaftsprojekt realisieren können.

Beschluss: Das Projekt soll vorerst weiter betrieben werden. Die Interessenten sollen über Art und Umfang Ihres Interesses befragt und ggf. zusammengebracht werden. Sollte hieraus ein realisierbares Konzept entstehen, soll auch über-regional dafür geworben werden.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

5. Beratung über den weiteren Erhalt der Spielplätze in Heckmühle und Neuwirtshaus

Die Spielplätze in den oben genannten Ortschaften sind kaum noch mit Spielgeräten ausgestattet. Es erfolgt mangels des Vorhandenseins von Kindern kaum noch eine Nutzung. Es stellt sich die Frage, ob die Spielplätze weiter betrieben werden sollen, was in der Konsequenz bedeutet, dass neue Spielgeräte aufgestellt und unterhalten werden müssen; oder ob diese Spielplätze aufgegeben werden sollen.

Ratsmitglied Roland Brönnert berichtet, dass der Spielplatz in Neuwirtshaus aktuell noch von einer Familie genutzt würde. In der Heckmühle gäbe es derzeit drei Kinder, die den Spielplatz nutzen könnten. Außerdem wird festgestellt, dass der Spielplatz in der Heckmühle auch für die Besucher der Sippachsmühle und Wanderer mit Kindern interessant wäre.

Dennoch ist man sich einig, dass der Betrieb und Unterhalt eines Spielplatzes, wie in den anderen Ortsteilen, in Heckmühle und Neuwirtshaus nicht wirklich angebracht ist. Dennoch wolle man einen gewissen Bedarf nicht ganz verneinen. Aus diesem Grund sollte zumindest kein Gerät abgebaut werden. Die Aufstellung einer Schaukel sei auch denkbar. Außerdem wird vorgeschlagen für diese Spielplätze kostengünstige Alternativen, wie z.B. Weidenzelte, Baumstämme zum Balancieren o.ä. vorzusehen.

Beschluss: Die Spielplätze in Heckmühle und Neuwirtshaus sollen erhalten bleiben. Es soll die Möglichkeit alternativer Spielmöglichkeiten geprüft werden. Eine Mindestausstattung, wie z.B. eine Schaukel, soll gewährleistet werden.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

6. Festlegung der Realsteuerhebesätze für das Jahr 2014/14

Unter Realsteuern sind die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer zu verstehen. Die Gemeinde bestimmt mit welchem Hundertsatz des Steuermessbetrages oder des Zerlegungsanteils die Grund- und Gewerbesteuer zu erheben ist (Hebesatz).

Überblick zur Entwicklung der Realsteuereinnahmen in den zurückliegenden Jahren:

Steuerart	Hebesatz	2009	Hebesatz	2010	2011	2012
Grundsteuer A	280 v. H.	56.792 €	320 v. H.	64.596 €	63.765 €	64.198 €
Grundsteuer B	300 v. H.	116.718 €	320 v. H.	127.506 €	134.079 €	131.513 €
Gewerbesteuer	310 v. H.	165.164 €	380 v. H.	340.762 €	452.656 €	400.087 €

Für das Haushaltsjahr 2013, Stand 18.11.2013, werden erwartet:

Grundsteuer A	320 v. H.	63.600 EUR
Grundsteuer B	320 v. H.	131.900 EUR
Gewerbesteuer	380 v. H.	508.900 EUR

Die durchschnittlichen Realsteuerhebesätze im Landkreis Bad Kissingen im Jahr 2013 betragen:

Grundsteuer A	337,80 v. H.
Grundsteuer B	333,00 v. H.
Gewerbesteuer	348,80 v. H.

Seitens der Verwaltung wird eine Veränderung der Hebesätze nicht empfohlen.

Beschluss: Die Realsteuerhebesätze für das Jahr 2014 bleiben unverändert wie folgt:
 Grundsteuer A 320 v. H.
 Grundsteuer B 320 v. H.
 Gewerbesteuer 380 v. H.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

7. Verschiedenes

- Bürgermeister Karle wirbt im Gemeinderat für die Teilnahme an der Abschlussveranstaltung „ILEK Fränkisches Saaletal“ am 09.01.2014 in Hammelburg. Er bitte um möglichst geschlossene Teilnahme des Gemeinderates.
- Die Termine für die Gemeinderatssitzung bis zum Ende der Legislaturperiode werden bekannt gegeben.

- Im Zuge eines Bauvorhabens an der Verbindungsstraße Neuwirtshaus – Hetzlos wird vom Bauwerber ein Graben verrohrt. Da in diesem Bereich der Durchlass in der Straße offensichtlich defekt ist, will sich die Gemeinde an der Maßnahme beteiligen und den Durchlass in diesem Zuge erneuern.

Vorsitzender

Schriftführer

Ende der öffentlichen Sitzung. Die Punkte 8 - 10 werden nicht öffentlich behandelt.